



**Zu sofortiger Freigabe – 26. April 2012**

## **1. Mai 2012 – Kampf für öffentliche Dienste**

Am heutigen 1. Mai betont die Internationale der Öffentlichen Dienste ihre Entschlossenheit, die grundlegenden Menschen- und Gewerkschaftsrechte der Beschäftigten der öffentlichen Dienste sowie das Recht aller BürgerInnen auf allgemein zugängliche hochwertige öffentliche Dienste zu verteidigen.

Die Beschäftigten des öffentlichen Sektors und unsere Gewerkschaften stehen an diesem 1. Mai 2012 mitten in einem ideologischen Kampf zur Rettung der Existenzsicherung vieler Menschen und der ihrer hoch geschätzten und lebensnotwendigen öffentlichen Dienste.

Die Finanzkrise von 2008 wird als Vorwand für eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben, für die Privatisierung der öffentlichen Dienste und drastische Einschnitte in Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen des öffentlichen Sektors genutzt. Allerdings ist diese Krise heute nichts anderes als eine Ausrede. Die öffentlichen Defizite, in deren Namen Dienstleistungen gestrichen werden, sind eine Konsequenz der Wirtschaftskrise, nicht ihre Ursache. Die blinde Weigerung einer Mehrheit von Regierungen, nach Lösungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und menschenwürdiger Arbeit zu suchen, verschärft und vermehrt noch die Krise. Die Sparmaßnahmen, die zahlreiche Regierungen in der nördlichen Hemisphäre um jeden Preis durchsetzen möchten, erinnern nur allzu deutlich an die Strukturanpassungsprogramme, die Entwicklungsländern mit verheerenden Konsequenzen von den internationalen Finanzorganisationen auferlegt wurden.

Die noch nie dagewesenen weltweiten, koordinierten Attacken auf die Arbeitnehmerschaft sind Teil dieses ideologischen Tsunamis. Vereinigungsfreiheit, Tarifverhandlungen und Meinungsfreiheit stehen unter Beschuss. Junge Menschen haben kaum Aussicht auf eine Zukunft, die ihnen humane Arbeitsbedingungen, faire Löhne und ein menschenwürdiges Leben bietet. Gleichstellung der Geschlechter wird umgehend in den Hintergrund verbannt.

Peter Waldorff, der Generalsekretär der IÖD sagt: „Wir schließen uns zusammen gegen diese Ungerechtigkeiten. Die einfachen Bürger und Bürgerinnen sehen, dass ein paar egoistische, mächtige Oligarchen – ein Prozent – auf unsere Kosten profitieren. Dieses eine Prozent treibt in einem verzweifelten Versuch, sich an seinen ungeheuren Reichtum zu klammern und ihn noch zu vermehren, die Ungleichheit weiter voran. Alle sehen, dass unsere öffentlichen Dienste zerstört werden und dass hart arbeitende Menschen, die diese Dienste erbringen, dämonisiert werden. Und wir sagen NEIN dazu. Wir ziehen gegen diese offensichtlichen Ungerechtigkeiten in den Kampf. Wir kämpfen für eine bessere Welt, die auf Fairness, Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte gegründet.“

Als Gewerkschaften des öffentlichen Sektors wissen wir, dass die öffentlichen Dienste die Grundfesten gerechter und demokratischer Gesellschaften sind. Wir wissen, dass unser Kampf der Kampf aller ist.“

In der Solidarität liegt unser Sieg.

**media release... communiqué de presse... comunicado de prensa...**